



Integrationsfaktor und Kulturinstanz, wichtig für die Region: radiomultikulti darf nicht sterben! Protestaktion der Beschäftigten auf großer Bühne zum 5. rbb-Geburtstag

AUS DEM INHALT

- SEITE 5**
ver.di-Literaturpreis: Gehaltvolle Laudatio für Volker Braun
- SEITE 6**
Brandenburg: Wird aus Sozial- ein Mobilitätsticket?
- SEITE 7**
Papierverarbeitung: Es gibt einen neuen Tarif
- MITTELSEITEN**
Akademie der Künste: Im Spiegel der 68er
- SEITE 10**
rbb: Mit 80 000 on air zum 5. Jahrestag
- SEITE 12**
Studie: Kiezkultur in Kreuzberg-Friedrichshain
- SEITE 13**
Musikschulen: Bekenntnis zur Institution

MULTIKULTI IST EINE HALTUNG!

Protest: Schließung der profilierten rbb-Welle wäre politisch ein falsches Signal

Die Proteste gegen die von Intendantin Dagmar Reim kurz vorm 5. Geburtstag des rbb verkündete Abschaltung von radiomultikulti dauern an. „Multikulti ist nicht gewöhnliches Radio, sondern eine Haltung“, brachte es Pia Castro in der Protestaktion der rbb-Beschäftigten zur Geburtstagsfeier auf den Punkt. „Ohne uns hätten es viele nicht so schnell geschafft, hier eine Heimat zu finden.“ „Unvorbereitet“ habe sie das Aus getroffen, versicherte geschockt Chefredakteurin Ilona Marenbach.

Der Sparzwang soll Multikulti zum Bauernopfer machen. 54 Millionen fehlen dem unter geringen Gebühreneinnahmen in strukturschwacher Region und dem Finanzierungssystem der ARD leidenden rbb bis 2012. Die Schließung

der in 21 Sprachen sendenden, 0,8 Prozent Marktanteile erreichenden Welle – für diese Erhebung wurden allerdings nur deutsche Hörer befragt – wird drei Mio Euro einsparen. 28 fest angestellte Beschäftigte bei radio-

Hörerwillen nicht ignorieren

multikulti sollen weiterbeschäftigt werden, für 80 oft hochspezialisierte Freie wird das schwer.

Das WDR Funkhaus Europa soll radiomultikulti ersetzen, dessen ähnliche Programmleistung gilt als einer der Gründe für diese Sparlösung. Doch auch von dort kommt Protest. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erklären sich solidarisch

mit radiomultikulti und halten die Schließung des Programmes, „was sich als eines der wenigen einer Region musikalisch und inhaltlich deutlich von dem abhebt, was in der Radiolandschaft sonst zu hören ist“, für ein „politisch völlig falsches Signal“. Damit gebe der rbb seinen „integrationspolitischen Anspruch als Metropolenprogramm“ auf, kritisierte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer.

Der 1994 als Container-Pilotprojekt gestartete und 1998 vom SFB in den Regelbetrieb übernommene Sendersichere die Grundversorgung für ein „Viertel der Gebührensahler in Berlin“ und gelte als Integrationsfaktor, betonte Andreas Köhn, stellv. ver.di Landeschef Berlin-Brandenburg, und forderte einen Gebührenaussgleich

in der ARD. Der Beschluss, radiomultikulti zum Jahresende abzuschalten, ist für den ver.di-Landesfachbereichsvorstand „nicht hinnehmbar. Wir sind bereit, uns aktiv an einem Soli-Komitee zum Erhalt von radiomultikulti zu beteiligen“, heißt es in einer Solidaritätserklärung. Angesichts notwendiger Sparpläne, so die Mitglieder im rbb-Rundfunkrat Susanne Stumpfenhusen (ver.di) und Dieter Pienkny (DGB), müssten „mit Augenmaß Optionen“ angezeigt werden.

„Das Radio muss bleiben, denn es verbindet die Kulturen der Welt.“ „Ich hoffe, dass die Entscheidung noch mal überdacht wird.“ Der so oder ähnlich im Gästebuch am multikulti-Stand zahlreich formulierte Hörerwille sollte von den Verantwortlichen nicht ignoriert werden. **B.E.**

Urlaub ist wichtig für die Seele: Mal richtig auszuspannen, an was anderes zu denken, ist mehr als nur Luxus. Diese Entspannung ist notwendig, sie fördert die Kreativität und die Motivation. Urlaub vermittelt zudem neue Eindrücke und hilft, mal über den Tellerrand zu schauen.

Innerhalb weniger Jahrzehnte hat sich das Urlaubsverhalten der Deutschen sehr verändert. In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die kurze Sommerfrische in Zechliner Hütte für den gehobenen Angestellten schon so etwas wie Luxus. Der Tucholsky-Roman „Gripsholm“ von 1931 entführte auf eine zur damaligen Zeit exotische Reise nach Schweden. Der Roman wurde wegen des Autors von den Nazis alsbald verboten, man setzte auf „Kraft durch Freude“. Gemeinschaftserlebnisse waren angesagt, aus dieser Zeit kündigt „Prora“ auf Rügen als eine zu Stein gewordene, ideologische Trutzburg des Massentourismus. Die touristische Nachkriegsgesellschaft in Ost und West war hingegen gleichermaßen vom Drang in die Ferne geprägt – mit bekanntlich unterschiedlichen Vor-

aussetzungen in punkto Freizügigkeit.

Die Deutschen sind heute Weltmeister im Urlauben, denn im internationalen Vergleich haben sie einen sehr hohen Urlaubsanspruch,

chende tarifliche Regelungen übertrifften. Im Bankgewerbe werden zum Beispiel 30 Tage gewährt. Das ist inzwischen fast bundesdeutscher Durchschnitt. Zum Vergleich: In den USA sind es nur 12 Tage, in

außer dem Einkommen, das weiter gezahlt wird (Urlaubsentgelt) noch ein Urlaubsgeld, das aber je nach Branche und Tarifvertrag sehr unterschiedlich ausfällt und in vielen Bereichen gekürzt oder sogar gestrichen worden ist.

Angemerkt sei, dass nicht erst seit dem Anstieg „prekärer Arbeitsverhältnisse“ die Zahl derjenigen, die sich eine Urlaubsreise kaum leisten können, erheblich zugenommen hat. Auch beim Urlaub klafft also die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander: Während der Hartz-IV-Empfänger zu Hause bleiben muss, gibt es andererseits einen Trend zum Luxusurlaub. Teure Reisen, vornehme Hotels und kostspielige Kreuzfahrten verkaufen sich hervorragend. Die erstrittenen Urlaubsansprüche werden heute vielfach streitig gemacht. Urlaubsgelder werden gestrichen, die Zahl der Urlaubstage ist vielen Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Es soll, wenn es nach ihnen geht, in Deutschland wieder mehr und länger gearbeitet werden. Der Urlaub ist keinesfalls eine sichere Bank. Nur mit starken Gewerkschaften lassen sich diese Rechte auch wirkungsvoll verteidigen.

AUF EIN WORT

URLAUB – EIN GUTES RECHT!



Foto: transit/C. v. Polentz

ANDREAS SPLANEMANN, PRESSESPRECHER VER.DI-
LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

den Gewerkschaften erstritten haben. Heute sichert das Bundesurlaubsgesetz jedem/jeder Arbeitnehmer/in pro Jahr vier Wochen Urlaub zu. Dieser bezahlte Mindesturlaub wird allerdings in sehr vielen Branchen durch entspre-

Frankreich und Finnland 25, und die Iren müssen sich mit nur 20 Urlaubstagen begnügen. Mehr Urlaub als in Deutschland gibt es in Schweden (durchschnittlich 33 Tage) oder in den Niederlanden (31). In Deutschland gibt es vielfach

BUCHTIPP

AGENDA BERTELSMANN

KÖLN 2008

In der schönen Stadt Würzburg wird die Stadtverwaltung umgekrempelt. Ein bisher einmaliger Vertrag gibt der Arvato AG die Freiheit, die gesamte Verwaltung in den nächsten Jahren radikal nach privatwirtschaftlichen Prinzipien umzubauen. Arvato ist eine hundertprozentige Bertelsmann-Tochter, und also werden alle Daten der Würzburger Einwohner und Unternehmen in das Gütersloher Rechenzentrum des Konzerns gespeist. Würzburg ist ein Pilotprojekt für einen Milliardenmarkt. Für ver.di als Vertreterin des öffentlichen Dienstes war es der Anlass, die Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung zu beenden.

Im vorliegenden Buch haben zwei Wissenschaftler der Universität Paderborn das Bertelsmann-Imperium einer gründlichen Analyse unterzogen. Es ist das welt-

weit viertgrößte Medienunternehmen, dessen überwiegenden Aktienanteil von 76,9 Prozent die Stiftung hält. Sie ist natürlich als „gemeinnützig“ eingestuft und daher steuerlich begünstigt. Ihr geht es, wie die Autoren nachweisen, nicht einfach um Firmenprofit, sondern viel wesentlicher um gesellschaftliche Steuerung – „vom Kindergarten bis zur Hochschule, von der Kommunalverwaltung bis zur Geopolitik“. Grundsätzliches Ziel aller Aktivitäten, hier mit vielen Fakten belegt: die neoliberale Privatisierung aller Ebenen der Gesellschaft. Dafür sind bereits zahlreiche Gesetzesentscheidungen von „Ideenagenturen“ statt von Parlamentariern entwickelt worden. Schröders Agenda 2010, darunter die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, wurde wesentlich von Experten der Stiftung konzipiert – ein Beispiel von vielen. Irgendwo regiert die Bertelsmann-Stiftung immer mit.

Für solche „Reform“-Maßnahmen musste und muss medial wirkungsvoll geworben werden. Deshalb werden Kampagnen er-

dacht, wie die Ruck-Rede von Roman Herzog oder die Kampagne „Du bist Deutschland“. Dazu kann die Stiftung über einen Jahresetat von 60 Millionen Euro verfügen und 300 Experten beschäftigen, die mehr als 100 Projekte betreuen. Die Arme des Medienriesen reichen – über die direkten Anteile an RTL und Gruner+Jahr hinaus – in beeinflusste und kontrollierte Printmedien und TV-Sendungen, beispielsweise bis zu MTV. Daneben arbeitet die Stiftung mit zahlreichen anderen Einrichtungen zusammen, wozu auch Hans-Böckler- und Heinrich-Böll-Stiftung zählen, und unterhält mit Vorliebe Verbindungen zu Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen, um ein weitgespanntes personelles und organisatorisches Netzwerk zu knüpfen. Jeder Bundesbürger über 14 Jahre, so ist errechnet, verbringt durchschnittlich eine Stunde täglich mit der Nutzung von Bertelsmannprodukten.

Die Buchautoren haben die Ideenagenturen der Stiftung, die vielgestaltige Medienpräsenz, das Centrum für Hochschulentwick-

lung (CHE), das Centrum für Angewandte Politikforschung etc. durchleuchtet. Und sie verweisen darauf, dass deren Aktivitäten unterdessen weit über die deutschen Grenzen und sogar die der EU hinaus reichen. Gegenwärtig analysiert der „Bertelsmann Transformations Index“ 119 Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihre „Reformbereitschaft“ und spricht dort „strategische Empfehlungen“ aus.

Man kann aus dem schmalen Band viel darüber erfahren, wie vor unseren Augen neoliberale Politik großen Stils gemacht wird. Wohin man den Fuß setzt, verfährt man sich im Spinnennetz der Agenda B. Merke: Bei weitem nicht überall steht Bertelsmann drauf, wo Bertelsmann drin ist.

Anmerkung: Viele, aber nicht alle Quellen (z.B. die NachDenk-Seiten) sind von der Autoren korrekt gekennzeichnet – dazu gibt es eine berechnete kritische Debatte.

Annemarie Görne

Werner Biermann / Arno Klönne: *Agenda Bertelsmann. Ein Konzern stiftet Politik. 142 Seiten. PapyRossa Verlag, Köln. 2. Auflage 2008. 12,30 Euro. ISBN 978-3-89438-372-5.*

Gewerkschafter-Gedenkstein in Sachsenhausen

DGB und Politik bekräftigen in Reden die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft

Anlässlich des 75. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch Hitlers Schergen wurde auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen ein Gedenkstein für die ermordeten und verfolgten Gewerkschafter eingeweiht. Auf der vom DGB ausgerichteten Veranstaltung sagte die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch: „In Zeiten von überzogener Individualität und unberechenbarer Globalisierung braucht die Gesellschaft ein verlässliches Fundament.“ Ein solches sei der gesellschaftliche Konsens, alten und neuen Nazis keinen Fußbreit zu gewähren. Für ihre Forderung nach einem NPD-Verbot erhielt Knobloch viel Beifall.

Der politische Kompromiß sei eine der größten demokratischen Errungenschaften, so der CDU-Politiker Norbert Blüm, „doch da, wo Menschen gequält und gefoltert werden, gibt es keine Kompromisse“. Diese simple Erkenntnis hätten die späteren Mütter und

Väter der Einheitsgewerkschaft zu spät begriffen. „Am 10. April 1933, als die Nazis den 1. Mai zum Feiertag erklärten, jubelten die Gewerkschaften“, erinnerte Blüm an ein dunkles Kapitel deutscher Gewerkschaftsgeschichte. Als drei Wochen später die Gewerkschaftshäuser gestürmt wurden und die Führer der unterschiedlichen Gewerkschaften auf Einheit drängten, sei es zu spät gewesen. So sei „unsere heutige Einheitsgewerkschaft auch ein Produkt von Leidenden, und dieses Produkt müssen wir hüten“. Auch der SPD-Politiker Franz Müntefering erinnerte an Versäumtes: „Für unsere Väter und Großväter waren vorher die kleinen Unterschiede wichtiger als das große Gemeinsame. Nachher trafen sie sich zusammen hier im KZ wieder.“

„Es ist eine traurige Tatsache, dass die Arbeiterbewegung so zersplittert gewesen ist, dass sie nicht in der Lage war, den Nazis organisierten Widerstand entgegen zu setzen“, so DGB-Chef



Foto: transit/v. Polentz

Blumen für die ermordeten und verfolgten Gewerkschafter

Michael Sommer bei der Enthüllung des Gedenksteines. Er hoffe, dass viele Gewerkschafter eine Gelegenheit finden werden, ihrer Kolleginnen und Kollegen zu gedenken. Die Inschrift lautet: „Die ermordeten und geschundenen Gewerkschafterin-

nen und Gewerkschafter verpflichten uns zum Eintreten für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde. Deutscher Gewerkschaftsbund – nach bitterer Erfahrung der einheitliche Dachverband der deutschen Gewerkschaften.“ **fre**

Gegen das Vergessen angelesen

Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung

Auch 2008 – diesmal zum 75. Jubiläum – wurde auf dem Berliner Bebelplatz „Gegen das Vergessen“ angelesen und an die Nazi-Bücherverbrennung erinnert. Die hauptstädtische Gedenkveranstaltung, die seit mehr als zehn Jahren regelmäßig an historischem Ort die Propagandaaktion der Nazis von 1933 geißelt, bei der Bücher verfeindeter Autoren auf einem demonstrativen Scheiterhaufen endeten, fand am 9. Mai ab 11 Uhr wiederum viele Zuhörer. Die Idee der Organisatoren, auch Schülerinnen und Schüler zum Lesen gegen das Vergessen einzuladen, fiel auf fruchtbaren Boden. Was vor drei Jahren mit einer Klasse begann, nimmt mittlerweile den Hauptteil des Programms ein: So gestalteten Mädchen und Jungen aus der George-Orwell-Schule Lichtenberg, vom Jüdischen Gymnasium



Foto: transit/Priske

Als Zeitzeugin gefragt: Elfriede Brüning liest

Mitte und der Merian-Schule aus Köpenick das Programm mit Texten von Autoren wie Erich Maria Remarque, Lion Feuchtwanger, Else Lasker-Schüler, Viktor Klemperer, Mascha Kaleko, Erich Käst-

ner, Bertolt Brecht, Gina Kaus, Klaus Mann, Kurt Tucholsky... Sie stellten zudem Projekte zum Thema vor, die sie in den vergangenen Monaten erarbeitet haben. Auch Politiker der LINKEN beteilig-

ten sich mit Statements und Lesungen. Elfriede Brüning, die Grande Dame des Berliner VS, eröffnete die Ehrung der verbrannten Dichter ein Dreivierteljahrhundert nach den Ereignissen erstmals mit einem Zeitzeugenbericht (Foto). Als 22-Jährige, schon Mitglied im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, hatte sie die Bücherverbrennung auf dem Platz gegenüber der Berliner Universität miterlebt. Bis zu ihrer Verhaftung 1935 arbeitete sie illegal. In ihrem Buch „Gedankensplitter“ erinnert sie sich an die Zeit.

Heines prophetische Aussage, „...dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“, steht als Mahnung über der jährlichen Veranstaltungsserie, die auch bundesweit an mehreren Orten organisiert wird. Nach aktuellen Forschungen im Rahmen des Projektes „Bibliothek verbrannter Bücher“ des Moses-Mendelssohn-Zentrums lassen sich für 1933 deutschlandweit 94 Bücherverbrennungen in 70 Städten belegen. **neh**

Ausgeblendete Wirklichkeit

Politischer Grundsatzstreit statt Debatte über Journalismus

„Die Medien habe keine Ahnung, wie diese Welt wirklich ist. Ich erlebe eine ganz andere Welt und finde diese in den Medien nicht.“ Mit viel Wut schleudert Walter von Rossum („Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“) seine Worte ins Publikum. Im Rahmenprogramm der Egon-Erwin-Kisch-Ausstellung (siehe Sprachrohr 2/2008) sollte der Journalist Ende April mit seiner Kollegin Vera Gaserow von der Frankfurter Rundschau über „Soziale Wirklichkeiten im Journalismus“ diskutieren.

Berichte über Leiharbeit und Niedriglöhne seien erst dann vermehrt in den Medien aufgetaucht, als das Thema Mindestlohn über die Gewerkschaften hinaus bei den Bundestagsparteien ankam, so Moderatorin Karin Wenk. „Was sind die Anlässe für die Berichter-



Gaserow, Wenk und von Rossum – das Podium in der Mediengalerie

stattung?“ wollte Wenk wissen. In den Redaktionen herrsche ein wenig Überdruß, immer nur „über das Elend in der Welt“ be-

richten zu müssen, so Gaserows verblüffende Antwort. Zudem müsse man auf immer weniger Platz sperrige Themen behandeln und

wegen des täglichen Arbeitsdrucks habe man kaum noch Zeit, sich mit Detailfragen auseinanderzusetzen. „Die Praxisgebühr kann man gerade noch erklären, den Gesundheitsfonds beinahe nicht mehr“, so Gaserow.

„Sie haben die Agenda-Politik von Schröder und Fischer doch mit herbeigeschrieben“, warf von Rossum der Kollegin vor. „Bei den sozialen Sicherungssystemen haben wir doch ein reales Finanzierungsproblem. Welchen anderen Weg hätte man gehen sollen“, fragte Gaserow zurück. Und so wurde dann kaum noch über verantwortungsvollen Journalismus, sondern über richtige oder falsche Politik gestritten. Und etliche Fragen aus dem Publikum – beispielsweise, ob das mit den „Finanzierungsproblemen“ eine Erkenntnis nach ausführlicher Recherche sei, blieben unbeantwortet. Vielleicht ist die Sicht der fest angestellten Journalistin Gaserow doch eine etwas andere als die des freien Journalisten von Rossum. **fre**

Spiegelbild gesellschaftlicher Realität

Fotoausstellung zeigt, wie der Konflikt Israel – Palästina in der Landschaft sichtbar wird

Die Fotos sind irritierend-nüchtern. Etwa das mit der mehr als mannshohen Hannuka-Leuchte in der Bildmitte. Das Symbol des jüdischen Lichterfestes passt nicht hierher: Drumherum Kulturlandschaft, viel Asphalt und unglaublich viele Stromleitungen. Für den Fotografen Felix Koltermann markiert die Leuchte „die jüdisch-israelische Präsenz an einer Stra-

ßenkreuzung in der Westbank“. Dieses Gebiet, auch Westjordanland genannt, östlich des Jordans gelegen, eroberte Israel im Sechstage-Krieg 1967 von Jordanien. Es ist auch das Territorium eines möglichen Staates Palästina. Hier leben 2,5 Millionen Menschen – meist Palästinenser – und unter ihnen 270.000 israelische Siedler. Wie Einsprengsel verteilen sich

die begrenzten palästinensischen Autonomiegebiete und die israelischen Siedlungen über das 5.800 Quadratkilometer große Gebiet. Sechs Monate war Koltermann in dieser Gegend unterwegs.

Seine Erfahrungen und Erlebnisse verarbeitete der Fotograf in einer selbstproduzierten Zeitung und der Ausstellung OCCUPIED LANDSCAPE. „Politische Macht nutzt die Landschaft aus und hinterlässt dort ihre Symbole“, sagte er bei der Ausstellungseröffnung in der Mediengalerie im Berliner Haus der Buchdrucker. „Die von mir fotografierte Landschaft ist das Spiegelbild gesellschaftlicher Realität.“ So wie die Fotos von Straßen. Komfortable Verbindungen zwischen den israelischen Siedlungen und solche, die den Kontakt und die Versorgung zwischen den autonomen palästinensischen Gebieten nur mühsam aufrechterhalten. Durch den Bau der Sperranlagen zwischen Israel und dem Westjordanland sei ein System von festen und mobilen Straßensperren, Wachtürmen, Spionen und Spitzeln so-

wie ein kaum zu durchschauendes Passierscheinsystem entstanden, erzählt der Fotojournalist. „Das reglementiert die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung sehr stark.“

Koltermann bezeichnet die von ihm fotografierte Landschaft als „integrativen Teil des dortigen Gesellschaftssystems; eingebunden in die politischen und ökonomischen Interessen.“

Die Fotoausstellung OCCUPIED LANDSCAPE ist noch bis zum 4. Juli 2008 zu sehen. Dazu gibt es zwei begleitende Veranstaltungen: Am 26. Juni um 18 Uhr „Hand in Hand?“ – Israelische und palästinensische Gewerkschaften im Nahostkonflikt. Vortrag von Endy Hagen, Yadal e.V. – Verein zur Unterstützung basisdemokratischer Bewegungen. Und am 3. Juli um 18 Uhr „Am Abgrund der Utopie“ mit dem Autor und Regisseur Eberhard Görner über den jüdisch-zionistischen Kaufmann und Verleger Salman Schocken. **güf**

Mehr Infos: www.mediengalerie.org und www.kontext-nahost.de



Disput: Fotograf Koltermann, palästinensischer Gesandter Hijazi

„... um den Elenden zu umarmen“

ver.di-Literaturpreis 2007 für „Das Mittagmahl“ an Volker Braun verliehen

Die Idee, den ver.di-Literaturpreis, den der Landesbezirk Berlin-Brandenburg 2007 das dritte Mal vergab, genau am „Welttag des Buches“, am 23. April 2008 zu überreichen, fanden die Organisatoren schließlich selbst nicht mehr überzeugend: Das Datum hatte auch andere zur Terminierung angeregt, und der Preisträger stand unter Zeitdruck. Begrüßung und Vorrede von Mit-Jurorin und ver.di-Landeschefin Susanne Stumpfenhusen fielen deshalb kürzer aus als geplant. Immerhin erwähnte sie, dass ver.di auch 600 000 Urheberinnen und Urheber vertritt und sich für ihre Rechte stark macht. Dann folgte das Eigentliche, festlich musikalisch umrahmt...

Das Urteil der Jury sei einhellig ausgefallen. Obwohl die Entscheidung schwierig gewesen sei, denn alle drei Juroren hatten dieselben drei Autoren für preiswürdig gehalten. Doch „Das Mittagmahl“ von Volker Braun, ein schmales Inselfändchen mit einem Text „wohl

Knapp und lapidar auch für Vertrauliches

aus nicht viel mehr als zwei Dutzend Manuskriptseiten“, machte schließlich das Rennen. Und Christoph Hein, selbst ver.di-Literaturpreisträger 2005, hielt seinem Kollegen Volker Braun eine gehaltvolle Laudatio.

„Erhaltene Scherben der Erinnerung an die Familie, Überbleibsel aus der Vertrautheit eines Elternhauses“ nannte Hein das prämierte „Bündel von Erzählungen“, dessen „heimliche Heldin“ die Mutter sei, die als junge Frau und bald „Kriegerwitwe“ fünf kleine Kinder durchzubringen hatte. Brauns Text erweise sich „so persönlich“, wie er seinen Lesern „in den vergangenen Jahrzehnten selten erschien, recht eigentlich nie“. Braun sei „ein verlässlicher Begleiter und Chronist stattfindender Geschichte, vor und nach der Wende“. Als „unbeirrbarer und zuverlässiger Zeitzeuge“ sei er der „wohl politischste aller deutschen Autoren“, wohl „nur vergleichbar einem Pe-



Preisträger Volker Braun (rechts) und Laudator Christoph Hein.

ter Weiß“. Nur einmal hätten die beiden Komparablen direkt Privates verarbeitet, und Braun habe das in seinem typisch verknappten, lapidaren Ton getan, in dem die „politische Sprache ... scheinbar mühelos auch die vertraulichen Mitteilungen trägt“. Ganz ungewöhnliche Formulierungen seien so entstanden, „denen man lange nachsinnt“ – „Sätze, die an einen Johann Peter Hebel erinnern“ und an den „Versuch, die Welt nicht allein aus einer Nusschale, sondern auch mit dem familiären Mittagstisch zu erfassen“. Er habe „Das Mittagmahl“ mit „vorbehaltloser Bewunderung gelesen“, bekannte der Laudator, „ein knapper, ein makelloser Text, ein klassischer Text“. Dennoch sei in Beckmesser-Manier ein Fehler anzumerken. Der liege im Titel des abschließenden Kurztexes, „Verächtlicher Gedanke“. Braun beschreibt darin, dass es in Wien ein vornehmes Konfektionsgeschäft gibt, das in schönen Lettern den Namen des Inhabers, Erich Braun, verkünde. „Immer denke ich“, heißt es im Text, „dass es mein Vater sein könnte, der sich darin verbirgt, und seine große Familie verlassen hat für ein zweites, angenehmes Leben, und bin in Versuchung hineinzugehen, um den Elenden zu umarmen.“ – Meide die Adjektive, sei eine uralte Regel der Zunft, meinte Hein und argumentierte: „Der Gedanke, in irgendeiner wildfremden Stadt plötzlich auf diesen so sehr ver-

missen Vater zu stoßen, mag sentimental sein, absurd, verständlich, wundenaufreißend...“, ja „fast mit einem jeden Adjektiv der deutschen Sprache wäre, wenn es sein muss, dieser Gedanke näher zu bezeichnen, nur verächtlich, nein, das ist er – bedingt durch die deutsche Geschichte, durch einen verheerenden Krieg und einen mörderischen Faschismus – das eben ist er nicht.“

Der Berliner VS-Vorsitzende Prof. Horst Bosetzky zitierte das Jury-Urteil, das von einem sprachlich geschliffenen Text spricht, der nur scheinbar Privates beschreibe, emotional berühre und sich ins Gedächtnis einbrenne. Anschließend überreichte er den

Wenn Worte bewegen und verwandeln

Preis, der mit 5000 Euro dotiert ist und 2007 für das Genre Prosa ausgeschrieben war.

Volker Braun bedankte sich für die Ehrung, deren Vorzug es sei, dass sie „von Kollegen“ aus dem Verband Deutscher Schriftsteller in ver.di zuerkannt sei. Er nannte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, zu der der Schriftstellerverband gehört, eine „kühne, glückliche Konstruktion mit disparater Mitgliedschaft“, der die Kultur ein „nächstliegendes, kein abliegendes Feld“ sein sollte,

wenn es um elementare Rechte geht. Doch werde vielfach Debatte nicht geführt, Demokratie nicht gelebt. Deshalb schrieben Schriftsteller für „die halbe Gesellschaft, die sich Bücher leisten kann“ und Busfahrer kämpften „für die halbe Gesellschaft, die von der Arbeit leben kann“. So bleibe „jeder bei seiner Sache“, eine dritte aber mache den Sinn. Braun berichtete, dass er zu DDR-Zeiten einmal für den gewerkschaftlichen FDGB-Kulturpreis vorgeschlagen worden sei, „die vorgeschriebenen Bedingungen“ jedoch nicht erfüllte, wohl vorrangig, weil die Mächtigen Veränderung nicht wünschten. Doch auch heute, angesichts „globaler Windräder“ verbreite sich ein Grundgefühl, dass Veränderung zu fürchten sei. Wer Bücher lese, könne – so Braun mit Bezug auf den Todestag Cervantes' am 23. April – jedoch erfahren, dass „bloße Worte bewegen und verwandeln können“. **neh**

AUSSCHREIBUNG

Auf ein Neues 2008

Der mit 5.000 Euro dotierte ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg wird in diesem Jahr im Genre Lyrik ausgeschrieben. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 31. August 2008 (Poststempel). Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Die Jury trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage eingesandter, deutschsprachiger Veröffentlichungen in Buchform, die innerhalb der letzten drei Jahre erstmals erschienen sind und nicht vom Autor/der Autorin (mit-) finanziert wurden. Die Bewerbung für den Literaturpreis kann durch Verlage, Literaturvereine, Autorenvereinigungen u.ä. erfolgen, ebenso durch die Autorinnen/Autoren selbst. Es sind drei Exemplare einzureichen, die nicht zurückgegeben werden. Einsendungen bitte an ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Mobil, sozial und zu teuer

Sozialticket-Befürworter nach Beschluss noch nicht am Ziel

Zwar ist das „Mobilitätsticket“ für Brandenburg, das Menschen mit niedrigem Einkommen im Flächenland bessere Mobilität sichern soll, inzwischen beschlossene Sache. 2,3 Millionen Euro pro Jahr will sich die Landesregierung die Einführung kosten lassen. Doch die Initiatoren eines Sozialtickets für Brandenburg jubeln nicht. „Dieses Mobilitätsticket hat wenig mit dem von uns ursprünglich geforderten Sozialticket zu tun und wird von den Anspruchsberechtigten voraussichtlich keine große Nachfrage erfahren. Es ist mit 17,50 bis 64,20 Euro einfach zu teuer“, kritisiert Carsten Zinn, gesetzlicher Vertreter der Volksinitiative für den ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Er sieht die zum 1. September anberaumte Lösung eher als „Job-Ticket für Geringverdiener“. Die brandenburgische Regierungskoalition müsse sich schon fragen lassen, warum sie nicht nach kreativen, sinnvollen Lösungen auch für Hartz-IV-Empfänger in strukturschwachen Regionen gesucht hat. Dort, wo der öffentliche Personennahverkehr schon sehr ausgedünnt ist, könnte das „über-tauerte Ticket ohnehin nur sehr eingeschränkt genutzt“ werden.



Sozialticket-Kampagne: Kaum getrocknet, schon im Eimer?

Eine Lösung läge, so Zinn, tatsächlich nur in einem Sozialticket, das als Verkehrsverbundticket für sozial Bedürftige auf lokaler, regionaler und Landesebene Mobilität zu einem Preis von höchstens 50 Prozent der jeweiligen Umweltkarte eine flexible Nutzung gestatte. Außerdem müssten Tages-, Wochen- und

Monatskarten zum verbilligten Preis angeboten werden. ver.di werde deshalb „weiterhin die Einführung eines landesweiten Sozialtickets“ nach der ursprünglichen Idee der Initiatoren einer Volksinitiative fordern. Diese hatte seit Sommer 2006 mit Unterschriftenaktionen für ein solches Ticket geworben. Die Erstinitia-

toren – der Arbeitslosenverband Brandenburg, der DGB-Bezirk, die Grüne Liga, Die LINKE Brandenburg und der ver.di-Landesbezirk – fanden Verbündete und starteten im Mai 2007 offiziell eine Volksinitiative, die 32.400 Unterschriften erbrachte. Die Mittel für ein solches Sozialticket lehnte der Landtag Ende Januar 2008 jedoch ab, obwohl sich 76 Prozent der Brandenburger in einer Umfrage für die Einführung ausgesprochen hatten.

Die Sozialticket-Befürworter starteten am 28. April 2008 ein Volksbegehren und eine begleitende Kampagne „Ja zum Sozialticket“ (Foto), für die sie 80.000 Unterschriften sammeln wollten. Ob dieses Begehren nach dem Mobilitätsticket-Beschluss der Regierungskoalition überflüssig ist, müssen die Organisatoren noch entscheiden. Immerhin hat sich die Politik auf Grund des großen außerparlamentarischen Drucks überhaupt erst bewegt. Dass auf die Ausgestaltung und Finanzierung des „Mobilitätstickets“ weiter Einfluss genommen werden muss, daran besteht bei den Kampagnenführern kein Zweifel. Carsten Zinns Vision ist noch längst nicht erfüllt. Er sieht die Notwendigkeit eines „Berlin-Brandenburger Sozialtickets für den gesamten Verkehrsverbund“ und spricht sich für eine solidarische und nachhaltige Lösung aus. Allerdings in sinnvollen und machbaren Schritten. **neh**

Wenn die Verkäuferin den Kunden nicht egal ist

Ein Workshop in Berlin widmete sich den Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Streikunterstützung

„Der Arbeitskampf der Lokführer, der Beschäftigten bei der Post und der Berliner Verkehrsgesellschaft sorgten in den vergangenen Monaten für Schlagzeilen. Doch über den schon mehr als 17 Monate dauernden Arbeitskampf im Einzelhandel erfährt die Öffentlichkeit wenig“, beklagte die Berliner ver.di-Sekretärin Erika Ritter, Verhandlungsführerin im Einzelhandel, auf einem Workshop im Haus der Demokratie am 24. Mai.

Er widmete sich der Frage, warum es so schwer ist zu streiken und wie man sich auch über den Betrieb hinaus solidarisch zu Arbeitskämpfen verhält. Organisiert wurde er vom Berliner Mayday-

bündnis, das seit drei Jahren am 1. Mai eine Parade gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse organisiert. In diesem Jahr hatten sich daran mehr als 6000 Menschen beteiligt, darunter auch Beschäftigte aus dem Einzelhandel, die

Der unbekannte Streik im Einzelhandel

dort über ihren Arbeitskampf berichteten. „Wir wollen diese Kooperation auch über den 1. Mai hinaus fortsetzen“, begründet Andreas Farian vom Berliner Mayday-Bündnis den Zweck des Workshops.

Die Beschäftigten im Einzelhandel sind an einer solchen Kooperation sehr interessiert. Schließlich ist in der Branche wegen der verfügbaren Leiharbeitskräfte ein wirkungsvoller Arbeitskampf besonders schwer zu führen. Deshalb denken die Streikenden auch über unkonventionelle Wege nach. „Wie wäre es, wenn sich auch die Kunden eines Supermarktes für den Arbeitskampf zu interessieren beginnen“, überlegte eine Verkäuferin. Schließlich werde auch hierzulande diskutiert, unter welchen Arbeitsbedingungen Obst in Spanien und Tee in Indien geerntet wird. Nach diesem Vorbild könnten kritische Konsumenten deutlich machen, dass ihnen nicht

egal ist, wie viel die Kassiererin verdient. Schließlich haben die Kunden bei der Wahl des Marktes Alternativen. Während einige Einzelhandelsketten schon Vorschaltverträge mit der Gewerkschaft geschlossen haben, schalten andere weiter auf stur, betonte Ritter.

Auch die Erwerbslosen wollen sich mit den Streikenden solidarisch zeigen. Die gemeinsamen Interessen liegen für Rainer Wahls von der AG Soziales Berlin beim Sozialforum auf der Hand: Schließlich hätten die hohe Arbeitslosigkeit und Hartz IV das Lohnniveau so weit nach unten gedrückt, dass mittlerweile Leiharbeiter rund um die Uhr zur Verfügung stehen. **Peter Nowak**

6. September vormerken!

Solibasar 2008 wird zwei Hilfsprojekte in Vietnam unterstützen

Noch ist ein wenig Zeit, doch die Organisation des nunmehr 12. Nachwende-Solibasars der Berliner Journalistinnen und Journalisten läuft bereits. Und der Termin sollte vorgemerkt werden: Am 6. September werden auf dem Alexanderplatz wieder Bühne und Stände aufgeschlagen. Redaktionen, Verlage, Nichtregierungsorganisationen und Vereine werden informieren und verkaufen.

Der Erlös des Solidaritätsbasars soll in diesem Jahr zwei Projekten in Vietnam zugute kommen: Gefördert werden soll zum einen ein Rehabilitationsobjekt für Kinder, die von Langzeitfolgen des Vietnamkrieges betroffen sind. Partner ist hier der Verein Kinderhilfe Hyong Vietnam e.V., der 70 Kilometer von Hanoi entfernt ein Heim für 110 Kinder unterhält, deren Erbgut durch den Einsatz von „Agent Orange“ schwer geschädigt wurde. Mit der Spende sollen Hilfsmittel finanziert werden, die die Selbständigkeit der Kinder fördern. Zum anderen



Foto: transit/v. Polentz

Andrang in jedem Jahr: Solibasar der Journalistinnen und Journalisten

geht es um die Erweiterung einer Grundschule in Cam Thuy, einem kleinen Ort bei Da Nang. Der Solidaritätsdienst International e.V. (SODI) engagiert sich für den Neubau eines zweistöckigen Gebäudes mit hohem Fundament, weil die alte, ebenerdige Schule zur Regenzeit immer unter Was-

ser steht. Die Solibasar-Spende kann bei der Grundausstattung der neuen Räume mit Schulbänken und Tafeln helfen. Genauere Informationen zu den Projekten, zu den Basar-Teilnehmern und zum Programmablauf können der Webseite www.berliner-solibasar.de entnommen werden. **red.**

Stets streiten für die Veränderung

Constanze Lindemann wird 60: Glückwunsch für eine Unermüdliche

Gewerkschaftsjahre sollen angeblich ja doppelt zählen. Das mag man bezweifeln, doch auf sie trifft es voll und ganz zu. Betriebsrätin, Ortsvereins-, Bezirks- und Landesbezirksvorsitzende, mehrfach Kongress- und Konferenzdelegierte, Ausschuss- und Tarifkommissionsmitglied, und das in drei Gewerkschaften, natürlich nacheinander und nicht alles zugleich.

Unruhegeist und Ratgeberin

Zuerst in der IG Druck- und Papier, dann in der IG Medien und heute bei der ver.di ist Constanze Lindemann immer „ganz vorn“ (nicht zu verwechseln mit „ganz oben“) zu finden. Ganz vorn heißt für sie zu allererst streiten (und natürlich auch streiken!),



Foto: transit/v. Polentz

Constanze Lindemann

um positive Veränderungen herbeizuführen für diejenigen, die den Reichtum der Gesellschaft erarbeiten, und für diejenigen, die

benachteiligt sind und benachteiligt werden. Das ist ihre Lebensmaxime, die sie konsequent, aber auch tolerant handhabt, ohne dafür überdurchschnittlichen Dank zu erwarten. Sie kann sich noch richtig über Kleinigkeiten und Gesten freuen und zugleich maßlos fordernd sein – für die Sache. Neben ihren Funktionen hat Constanze auch noch immer zwei, drei und mehr Projekte am Laufen. Ob im Karl-Richter-Verein, in der MedienGalerie oder in Arbeitsstreitigkeiten, sie ist Motor, Unruhegeist und Ratgeberin in Einem. Trotzdem kann Constanze Lindemann zuhören und noch Kritik vertragen, die sie zuweilen dann auch annimmt.

Für eine 60-Jährige ist das nicht gewöhnlich, und so gratulieren wir von ganzem Herzen einer außergewöhnlichen Frau, Kollegin und Mitstreiterin. Constanze, bleib so wie Du bist! **A.K.**

Tarifergebnis macht Mut

Am 8. Mai wurde ein Tarifergebnis in der Papier-, Pappe- und Kunststoff verarbeitenden Industrie vermeldet. Danach steigen die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen für die Branche mit 100.000 Beschäftigten ab 1. Mai 2008 um 3,9 Prozent und ab 1. Mai 2009 um weitere 2,9 Prozent. Die Gesamtlaufzeit der Vereinbarung reicht bis 30. April 2010.

„Man muss nicht in Jubel ausbrechen, aber das Ergebnis ist angesichts der massiven Gegenforderungen der Arbeitgeber respektabel“, kommentierte ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke. Vor allem die Forderungen der Arbeitgeber nach Öffnungsklauseln und ihr Ziel, lediglich Einmalzahlungen zuzugestehen, wurden abgewehrt. Zwar stehe für die erste Steigerungsstufe keine 4 vor dem Komma – wie viele es sich gewünscht hätten – doch die erreichten Einkommenssteigerungen sind tabellenwirksam und somit dauerhaft.

Insgesamt 6,8 Prozent bedeuten für den Ecklohn (LG VI) 0,90 Euro mehr pro Arbeitsstunde. Das sei deutlich mehr als ein bloßer Inflationsausgleich. Die 25monatige Laufzeit allerdings sei kritisch zu sehen.

Das Ergebnis sei nur möglich geworden, betont Josef Peitz, ver.di-Bundesfachgruppenleiter Verlage, Druck und Papier, weil über 6000 Beschäftigte in 85 Betrieben der Papierverarbeitung bundesweit sich an Warnstreiks beteiligt haben. Besonders zwischen der dritten und vierten Verhandlungsrunde habe sich der Druck auf die Arbeitgeberseite sehr gesteigert, vorrangig mit Aktionen von Belegschaften in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Andere Bundesländer, darunter Berlin und Brandenburg, blieben dagegen streikfrei. Insofern stelle das Ergebnis das Machbare dar. Die gestiegene Kampfbereitschaft bundesweit „macht Mut für die nächste Lohn-, aber auch die Manteltarifrunde“, so Peitz. **neh**

Die Künste als Gedächtnisspeicher

Akademie der Künste forscht der 68er Studentenbewegung nach



Rudi Dutschke mit Heiligenschein: Auch die Akademie der Künste beugt sich dem Druck der „8“ in der Jahreszahl. Mit einer Präsentation der fotografischen Ikonen von Michael Ruetz aus der Zeit von 1968, mit mehreren Ausstellungen, einer Filmreihe, Theatergastspielen, Akademie-Gesprächen und vielen weiteren Veranstaltungen will sich die Akademie der Künste der Frage nähern, was „40 Jahre danach“ von der Studentenbewegung geblieben ist.

Naturgemäß nimmt sie sich des Themas von der künstlerischen Sei-

Der Blick nach Prag

DDR-Intellektuelle projizierten ihre Utopien ins Nachbarland

Mit einer Ausstellung und digitalen Terminals zeigt das Archiv der Akademie der Künste Dokumente zur künstlerisch-ästhetischen Rezeption der 68er-Bewegung. Im Vordergrund stehen Impulse und Reaktionen von DDR-Intellektuellen. Die Akademie will damit einen Kontrapunkt setzen zum ansonsten stark westlichen Blickwinkel. Wolfgang Trautwein, Direktor des Archivs der Akademie der Künste, berichtet im Interview über Hintergründe und Umsetzung des Projekts.

Wie kam es zu der Idee, im Rahmen des Projekts „Kunst und Revolte“ solche Bestandteile des Archivs zu präsentieren?

Das Archiv glänzt bisher mit Originalen, die nur an einem Ort und

für begrenzte Zeit gezeigt werden können. Um die wertvollen Stücke einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren, wollten wir Archivalien nun digital aufarbeiten und zeigen. Für „Kunst und Revolte“ haben wir sieben Materialkomplexe zu 1968 zusammengestellt, die Themenfelder öffnen bzw. kleine Geschichten erzählen.

In der öffentlichen Passage am Pariser Platz will das Archivfenster mit zwei Terminals auch das Durchgangspublikum einladen, einen Blick auf unsere Schätze zu werfen. Voraussichtlich können wir das Archivfenster ab Juli auch im Internet öffnen und eine noch größere Breitenwirkung erzielen.

Wie kam es zur Auswahl der sieben Themenkomplexe?

Wir haben im Archiv über 1000 Einzelbestände zu Künstlern aller Sparten. Darin haben wir Ausschau gehalten, wo es zu 1968 markante Geschichten gibt, die noch wenig veröffentlicht sind. Dabei wollten wir auch eine Balance herstellen zwischen West und Ost.

Welche Episoden erinnern an die Wirkung der '68-Bewegung im Osten?

Als Beispiel für biographisches, nichtkonformes Schreiben haben wir „Nachdenken über Christa T.“ von Christa Wolf gewählt. Die geschilderte Lebensgeschichte hatte keine offizielle Vorbildfunktion und signalisierte damit auch ein Ausschließen von Christa Wolf aus der offiziellen Parteilinie. Als zweites Beispiel zeigen wir den spontanen

Protest des Filmstudenten Thomas Brasch auf den Einmarsch der Sowjet-Truppen in Prag 68: Wegen seiner Flugblattaktion wurde der Filmstudent inhaftiert, von der Universität relegiert und verurteilt – ein gewaltiger Knick in seiner Biographie. Das Theaterstück „Vietnam-Diskurs“ von Peter Weiss wurde in Ost und West aufgeführt und übte mit den Stilmitteln des dokumentarischen Theaters Kritik. Ein weiteres Ost-West-Thema ist die Verleihung des Berliner Kunstpreises (West) 1969 an Wolf Biermann: Als er die Auszeichnung erhält, obwohl gegen ihn wegen seines Liedes „Drei Kugeln auf Rudi Dutschke“ in Westberlin ermittelt wird, kommt es zu einem Rieseneklat.

Welche Beispiele gibt es für die künstlerische Rezeption im Westen?

Für den Westen stehen der Film „Bambule“ von Ulrike Meinhof über Heimerziehung und der Film „Alma Mater“, in dem der Autor Dieter Meichsner schon 1969 die Studentenbewegung als dogmatisch darstellt und provoziert. Das Theaterstück „Die Kannibalen“ von George Tabori markiert einen äs-

te an. „Die Künste sind die Gedächtnisspeicher der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche, für die 1960er Jahre wie für die 80er“, lautet die Kernthese. 1968 bedeute eine Art von Neuerfindung der Künste – im Film, im Theater und im Tanz, aber auch in der Bildenden Kunst, der zeitgenössischen und populären Musik entstanden neue Grundlagen der Kunstproduktion und der Publikumsansprache. Nirgendwo habe sich der widerständige Impuls aus dem Geist der Revolte von '68 so produktiv niedergeschlagen wie in

den Künsten, und nirgendwo wirke er so produktiv fort.

Die Fotografien von Michael Ruetz sind Kunst, Fotokunst. Nicht zuletzt deswegen haben sie, anders als die Fotos vieler Pressefotografen, überdauert und das Bild von '68 geprägt. Viele seiner Bilder sind Teil unseres visuellen Gedächtnisses geworden. Ruetz ist mehr als Berichterstatter. Auch wenn er es hasst, auf Begriff des „Studentenfotografen“ reduziert zu werden – schließlich glänzte er in seiner späteren künstlerischen Karriere mit

ganz anderen Projekten – sagt er noch heute zu '68: „Ich fand das alles richtig“. Als Student der Sinologie war er aktiver Teil der Bewegung.

Seine Bilder leben von der Nähe zu den Ereignissen, seinem Gespür für Situationen und dem Blick auf Menschen: 130 vornehmlich schwarz-weiße und trotz aller inhaltlichen Dramatik sorgfältig komponierte Fotografien machen die Emotionalität der Zeit Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wieder lebendig. Die Ausstellung

dokumentiert die Dynamik der politischen Bewegung von '68. Sie zeigt aber auch Protagonisten von Dutschke bis Beuys, das bürgerliche Seelenklima Westdeutschlands oder den inszenierten öffentlichen Raum der DDR. Vor allem aber öffnen die Bilder den Blick auf eine Welt in Aufbruch und Bewegung, auf ein Klima der Befreiung und Emanzipation. Dafür stehen die Fotografien aus Griechenland, Italien, Angola oder Chile. **ucb**

Kunst und Revolte – Das künstlerische Erbe von '68. Bis 27. Juli am Pariser Platz.



Fotos oben: Michael Ruetz. Foto unten: transiTC.v.Polenitz

thetischen Umbruch in seiner radikalen Auseinandersetzung mit dem Holocaust.

Welches Konzept steht hinter der Umsetzung des Archivfensters?

Die Themenkomplexe kreisen unhierarchisch in einem Karussell auf dem Bildschirm. Der Nutzer kann frei seinen Interessen und seiner Neugier folgen. Bei allen Einzelisoden präsentieren wir Originale: Zu den Personen zeigen wir biographische Fotos. Wenn es um ein literarisches Thema geht, sind – wie bei Christa Wolf – Manuskripte zu sehen. Theaterstücke oder Filme sind mit Inszenierungs- oder Filmausschnitten unterlegt, auch Tondokumente sind dabei. Außerdem wurden die Reaktionen der Öffentlichkeit, der Presse und der Politik integriert. So haben wir etwa zum „Vietnam-Diskurs“ von Peter Weiss die Uraufführung durch Harry Buckwitz in Frank-

furt/Main herausgegriffen und anonyme Drohbriefe an den Intendanten einbezogen.

Wie ist das Archivfenster mit der Ausstellung verzahnt?

In der von Dr. Peter Böthig, Leiter des Tucholsky-Archivs in Rheinsberg, kuratierten Ausstellung mit Originalen haben wir den Ost-Komplex etwas breiter aufgefächert. Das utopische Element von '68 war in der DDR vorwiegend auf Prag projiziert worden. Deshalb drehen sich die zehn Einzelisoden immer wieder um Prag. Das beginnt 1963 mit der Kafka-Konferenz bei Prag – im Mittelpunkt stand die Frage, ob es im Sozialismus Entfremdung geben kann. Die Bejahung der Frage führte zur tschechischen Sonderentwicklung des Prager Frühlings. Ein wichtiges Kapitel ist Franz Fühmann gewidmet, der aus Böhmen stammte und enge Verbindungen in die Tschechoslowakei pflegte. Ein Hauptexponat ist

sein Tagebuch. Am 21. August 1968, dem Tag des Einmarsches, hat er als Ausdruck tiefer Verzweiflung nur ein großes schwarzes Kreuz gemalt. Fühmann hatte sich sehr für die Ereignisse in Prag interessiert, ist hingereist, hat sich in Briefen und Zeitschriften dazu geäußert. Erich Arendt war für seine Gedichte über den spanischen Bürgerkrieg berühmt geworden. In einem seiner hermetischen Gedichte, die sich dem DDR-Konsens verweigerten, hat er das Scheitern in Prag thematisiert. Einem Zitat hieraus verdankt die Ausstellung den Titel „Kein Atem im Stein“. Auch die Einbindung der DDR-Bevölkerung – insbesondere der Künstler – wird aufgegriffen: Wie haben sie auf die abgeforderten positiven Stellungnahmen zum Einmarsch reagiert? Eine Reihe von Künstlern hat sich dem entzogen, etwa Stephan Hermlin, Brigitte Reimann oder Klaus Poche. Auf einer Seitenwand schließlich zeigen Fotografien von Einar Schleaf das Alltagsleben in der DDR.

Gibt es auch in der Ausstellung Querverbindungen zwischen Ost und West?

Ja, etwa mit der Solidaritätsaktion des damals in Ostberlin lebenden Schriftstellers Klaus Schlesinger: Er sammelte Geld und kaufte Dinge, die man in Ostberlin bekommen konnte, um den Kampfgenossen im Westen zu helfen – etwa einen Satz Baustellenhelme, Regencapes gegen die Wasserwerfer und Vietnamfahnen. Es ist sogar eine Liste ausgestellt, in der der Empfang quittiert wird, auch von den späteren Terroristen Holger Meins und Astrid Proll! Schlesinger hat daraus den Text „Helm-Aktion“ gemacht, dessen Veröffentlichung auch gezeigt wird.

Das Archivfenster soll weitergeführt werden, welche konkreten Pläne gibt es?

Voraussichtlich Anfang nächsten Jahres soll es – in Weiterführung von „Kunst und Revolte“ – um 1989 gehen. Dabei wird die Vereinigung der beiden Akademien in Ost und West eine zentrale Rolle spielen.

Interview: Ute Christina Bauer

Das Archivfenster ist zu den Öffnungszeiten der Akademie der Künste frei zugänglich, die Ausstellung „Kein Atem im Stein. DDR 1968 – Chiffren einer Niederlage“ läuft noch bis zum 22. Juni. Voraussichtlich ab Juli ist das Archivfenster auch im Internet zu sehen (www.adk.de).



Wolfgang Trautwein

On air mit 80 000

Tag der offenen Tür zum 5. Geburtstag des rbb am 24. Mai



rasch produzierte Aufkleber dominierten als augenfälliges Signal: „radiomultikulti muss bleiben!“

HAUTNAH MIT PROFIS

Gelassenheit war gefragt, sowohl bei den geduldig anstehenden Hörerinnen und Hörern als auch bei den Radiomachern, die in den Studios unter Sightseeing-Bedingungen die laufenden Sendungen produzierten.

Eine Dreiviertelstunde hatte Erika Pietsch aus Berlin-Friedrichshain gewartet, um ins Studio der Abendschau zu kommen. „Ich bin auch als Rentnerin für moderne Medien aufgeschlossen. Die Abendschau liebe ich für ihre kritische Sicht und die regionalen Tipps.“ Ulrich Kraetzer, wie viele andere seiner Rundfunkkolleginnen und -kollegen „Fremdenführer“ für einen Tag, hatte sich gut vorbereitet. Der sonst als Chef vom Dienst fungierende Journalist weihte die Besucher in die Themenkonferenzen am ovalen Tisch ein und ließ sie durch die Glaswand auf die in der Schaltzentrale arbeitenden Redakteure blicken. Im Bildschnitt erklärte Bildmischerin Madeleine Grahmann anhand der vielen Hebel auf ihrem Pult, wie einzelne Mo-

nitore an der Wand zu steuern sind und von Korrespondenten zugeliferte MAZ Beiträge in die Sendung eingespielt werden. Im Studio – dessen preisgekröntes Design bei weitem nicht alle Gäste überzeugte (zu unruhig) – erklärte Kraetzer, warum Moderatoren stehen (es spricht sich leichter), warum sie manchmal in die falsche Richtung gucken (sie übersehen das rote Licht an der Kamera) und lüftete das Geheimnis des Teleprompters. „Alle Moderatorinnen und Moderatoren schreiben ihre Texte selbst. Nur bleibt nicht immer Zeit, diese auswendig zu lernen. Deshalb Lesegerät oder Zettel. Ganz aktuell hereinkommende Meldungen werden frei formuliert.“

ALLES NEU BEI INFO RADIO

Wie der halbrunde Neubau von Info Radio in die denkmalgeschützte Bausubstanz des 1929/30 errichteten Rundfunkgebäudes eingepasst wurde, interessierte viele. Wenn auch nicht ohne die Frage, warum einerseits Geld für den 7 Mio teuren Neubau da war, andererseits radiomultikulti als vergleichsweise sparsamer Sender eingestellt wird. Das klinge widersprüchlich, bestätigte Chef-

redakteur Andreas Wertz. „Aber die Finanzierungsentscheidung fiel 2004, als die heutige Situation nicht absehbar war. Dreizehn Jahre lang haben wir im Provisorium am Theodor-Heuß-Platz gearbeitet. Die Technik war einfach runter.“ Seit April wird hochaktuell aus dem neuen Studio gesendet (kleines Foto oben).

Die Anlaufmacken – so war ein neues Redaktionssystem zu bewältigen, die Klimaanlage muss sich auf die Anwesenheitsfrequenzen der rund 70 im Schichtdienst Beschäftigten einpegeln – nehmen ab. Erstmals ist multimediales Arbeiten möglich; Text, online und Radio sind verzahnt. An den 30 Arbeitsplätzen kann man sich über parallele Bildschirme in die laufenden Angebote der ARD einschalten und mit O-Tönen eigene Sendbeiträge füttern. „Früher saß die Redaktion verteilt, wir mussten durchs ganze Haus“, erzählt Redakteur Axel Dorloff, seit 2006 freier Mitarbeiter bei Info Radio. Jetzt sei es leichter, die Kommunikation funktioniere gut. – Was alles in allem auch für diesen offenen Tag galt.

Bettina Erdmann

Es kam weniger schlimm als zu befürchten war

Betriebsrat der Bayer Schering Pharma machte öffentlichen Druck



Als im März 2006 die Pharmafirma Merck ihre Konkurrenzfirma Schering in Berlin übernehmen wollte, warf sich Bayer Leverkusen für Schering in die Bresche. – So dachten zunächst die Schering-Leute, die Bayer als „Weißen Ritter“, als Retter vor einer feindlichen Übernahme, begrüßten. Doch dann kam es anders. Aus Schering wurde Bayer Schering Pharma. Von den 5500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der forschungsstarken Firma sollten bis zu 950 eingespart werden (Sprachrohr 2/2007).

Der Betriebsrat von Schering wehrte sich, verlangte ein verbindliches Konzept für die Integration der Schering AG in die Bayer AG und drohte an, diese so lange wie möglich zu verhindern, wenn den Beschäftigten keine klaren Antworten gegeben würden. Erreicht wurde ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen zunächst bis zum 30. Juni 2008.

Betriebsrat mit eigenen Kompetenzen

Ein Jahr später zeigte sich der Vorstand von Bayer Schering Pharma auf der Hauptversammlung Mitte Mai höchst zufrieden mit dem Geschäftsverlauf, der Start ins Jahr 2008 sei „exzellent“ gewesen. Rund 90 Tochtergesellschaften seien von Bayer Schering bereits auf Bayer überschrieben worden. Die etwa 150 Kleinaktionäre, die zusammen 3,7 Prozent der Aktien halten, sollen mit einem Zwangsverkauf ihrer Aktien, einem „Squeeze-Out“, der bei einer solch eindeutigen Besitzlage vor dem Aktienrecht legal ist, herausgedrängt werden.

Matthias Träger, ver.di-Betriebsratsmitglied mit Sitz im Wirt-



Matthias Träger

schaftsausschuss, fasst seine Sicht des vergangenen Jahres nicht mit dem Wort „exzellent“ zusammen, sondern meint: „Weniger schlimm als erwartet“. Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen konnte nun festgeschrieben werden. Teile des geplanten Personalabbaus wurden durch Vorruhestands-, Altersteilzeit- und Abfindungsregelungen realisiert. Wo das nicht möglich war, wird durch ein innerbetriebliches Job-Center mit einem befristeten oder unbefristeten Einsatz in anderen Berliner Abteilungen eine neue Beschäftigung gesucht. Gestrichen wurden die Stellen überwiegend in der Verwaltung. Diese Aufgaben sind nun zentral in Leverkusen angesiedelt.

Auch der Bereich Chemische Entwicklung der einstigen Schering AG ist nach Leverkusen gewandert, 50 Beschäftigte sind mitgewandert, 30 in der Produktion in Berlin untergekommen. Dafür kamen etwa 70 Mitarbeiter aus internationalen Vertriebsorganisationen von Leverkusen nach Berlin. Wie vor einem Jahr beteuert, ist Berlin die Unternehmens- und Forschungszentrale für den Pharma-Bereich geblieben. „Dieses Versprechen ist gehalten worden“, erklärt Träger, der als Planungsingenieur für Nachrichten-

technik und Telekommunikation in der Firma arbeitet. Der Bundesvorsitzende der Fachgruppe „Industrie und Industrielle Dienste“ betont, dass die hinzugekommenen Leverkusener den Berlinern keine Stelle weggenommen haben, sondern zusätzliche Qualifikationen an den Standort brachten. „Das hätten wir so nicht besetzen können.“

Für den Betriebsrat geht es jetzt darum, in die besonderen Mitbestimmungsstrukturen der Bayer AG integriert zu werden, besonders um die Interessenvertretung des Standortes Berlin im Gesamtbetriebsrat. Träger findet einen geplanten Standortbetriebsrat sinnvoll, um für alle einheitliche Bedingungen bei den betrieblichen, personellen und sozialen Angelegenheiten gewährleisten zu können. Andererseits dürfe der Standortbetriebsrat nicht nur zum ausführenden Organ des Gesamtbetriebsrats werden: „Man muss aufpassen, dass es einem nicht aus den Händen gleitet.“

Im von der IG BCE mehrheitlich vertretenen Betriebsrat sitzen bei 31 Mitgliedern neben Träger noch zwei ver.di-Mitglieder, etwa entsprechend der Mitgliederzahl. „Die Zusammenarbeit ist sachorientiert und funktioniert inzwischen gut“, resümiert er. Gerade werden die weiteren Betriebsübergänge verhan-

Standortvorteil künftig weiter sichern

delt, die zum 1. Juli abgeschlossen sein sollen. Warum es „weniger schlimm als erwartet“ gekommen ist, dafür hat Träger eine eindeutige Erklärung: „Wir konnten durch öffentlichen Druck viel abmildern und haben auch innerhalb der Bayer AG ein Umdenken erreicht.“ Das ist nach seiner Meinung auch ein klarer Standortvorteil hier in der Hauptstadt.

Susanne Stracke-Neumann



Wahlerfolg beim rbb

Bei den Personalratswahlen im rbb Ende April hat die „Offene Liste – ver.di“ mit fast 600 Stimmen vorn gelegen und konnte acht Sitze erringen. Die Liste „Courage“ wird mit vier Sitzen und „DJV and friends“ mit einem Sitz im neuen Gremium vertreten sein. Der geschäftsführende ver.di-Senderverbandsvorstand dankte allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen. Man habe „bei den großen Themen des rbb Flagge gezeigt“ und sich öffentlicher Kritik gestellt. „Wir haben deutlich gemacht, dass zu Themen wie Digitalisierung, Senderumstrukturierung und neue Technologien unsere neuen und alten Personalräte die Interessen der Mitarbeiterinnen in den Mittelpunkt“ stellen. Konflikten mit der Geschäftsleitung werde nicht aus dem Weg gegangen. Das Wahlergebnis sei deutlicher Beweis dafür, dass „wir richtig lagen“.

Mehr als 80 % für ver.di-Personalräte

Bei den Personalratswahlen am Berliner Standort der Deutschen Welle haben die ver.di-Personalräte Ende Mai ein großartiges Ergebnis erzielen können. 82 Prozent aller Wahlberechtigten gaben der ver.di-Liste für den Örtlichen Personalrat ihre Stimme. Bei der Wahl zum Gesamtpersonalrat konnten die ver.di-Kandidaten sogar 85 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Dadurch dominiert ver.di im Gesamtpersonalrat, für den auch bei den Beschäftigten in Köln gewählt wurde, mit sieben Mandaten. Vier Sitze errang der DJV. Im ÖPR in Berlin verfügt ver.di erneut über acht Mandate, einen Sitz erhält der DJV. Erfreulich ist auch die Rekord-Wahlbeteiligung. Gegenüber den Wahlen von 2004 wurde in Berlin mit 76,8 Prozent neuerlich eine Steigerung erreicht. Die ver.di-Personalräte dankten für das Vertrauen und den starken Rückhalt für ihre Arbeit.

Die heimlichen Profiteure

Eine aktuelle Untersuchung zur Kiezkultur aus dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain

Die Studie „Kreativwirtschaft am Wirtschaftsstandort Kreuzberg-Friedrichshain“ vom Januar 2008 zeigt, dass Kunst und Kultur viel Geld in die Unternehmenskassen spülen. Von über 3 Milliarden Euro des jährlichen Wirtschaftsumsatzes im Bezirk landet mittlerweile jeder dritte Euro auf dem Konto der sogenannten „Kreativwirtschaft“, wie die Untersuchung zeigt, die der Wirtschaftsstadtrat beim Deutschen Wirtschaftsinstitut (DIW) in Auftrag gab. Die Ergebnisse belegen, dass nur die Megaplayer und großen Unternehmen von dem Boom profitieren. Auch auf die Baubranche und „Investoren“ wirkt das Ambiente von Kunst und Kultur wertsteigernd. Doch können die meisten Kreuzberger und Friedrichshainer Kreativen kaum ihr Existenzminimum bestreiten, sind auf mehrere Jobs und Leistungen aus dem Jobcenter angewiesen, so die Studie.

Das Fazit ist nicht neu. Zu ähnlichen Resultaten kamen bereits Untersuchungen aus dem linken Parteienspektrum und von den Grünen, die auf Bundesebene Bedeutung, Situation und Bedürfnisse der Kulturwirtschaft und der KünstlerInnen, die sogenannten Soloselbständigen, Mikrounternehmen, neue genossenschaftlichen Handlungsformen etc. beleuchteten. Doch bislang blieben solche Papiere ohne ausreichenden



Foto: Peter Schwach

Papierlager-Großbrand: Wird das Gelände auch bald „verwertet“?

de Konsequenz, die Politik scheint insgesamt kaum handlungsfähig. Statt Fördermaßnahmen offeriert der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg im Werbeblatt des Investorenvereins Mediaspree e.V. orts-

Das Umfeld auf- und sich selbst abwerten

ansässigen KünstlerInnen einen zweckgebundenen Aktionsfonds. Dort wird als sogenannte „Win-Win“-Situation gepriesen, wenn KünstlerInnen sich um die Imagebildung des „neuen“ Kreuzberg bemühen. Kunst wird zum Stand-

ort- und Werbefaktor degradiert. Die Kreativen werden zu günstigen Konditionen gebeten, den Prozess der Gentrifizierung, der sozialen Umstrukturierung und Veredlung des Umfelds, voranzubringen und arbeiten damit auch an ihrer eigenen Verdrängung.

Letztes Jahr wurden die Gewerbehöfe der GSG in Kreuzberg, die kleinen Unternehmen zu einem günstigen Büro verhalfen, an ein Käuferkonsortium unter der französischen Immobiliengesellschaft Orco verschertelt. Ganz aktuelles Beispiel: Ein Investor will das Goldene Haus in Stralau, das bisher kleine Plattenlabel und Gewerbetreibende beherbergt, nun dem

Luxuswohnsegment zuführen. Die Existenzhilfen der Jobcenter finanzieren kaum eine kreative Gründung. Und die Berliner Investitionsbank tut sich mit künstlerischen Vorhaben schwer. Die Förderinstrumente für Großunternehmen sind dagegen überproportional gut ausgestattet, ohne aber dauerhaft für gute Arbeitsplätze zu sorgen. In Kreuzberg bekamen Unternehmen wie Arcandor (Quelle), Anschütz Entertainment, MTV und Universal öffentliche Förderungen in Millionenhöhe.

Die Studie macht erneut deutlich, dass stattdessen Basisförderungen und flexible Förderinstrumente langfristige Effekte haben. Sie sind damit „Transferleistungen“ vorzuziehen. Kunst und Kultur können nicht mit klassischen ökonomischen Maßstäben bewertet werden. Sie nennt eine Fülle von Handlungshilfen, von günstigen Immobilien bis zur Schaffung von Plattformen und „Creative Boards“. Ob damit tatsächlich eine „Aufwertung“ der KünstlerInnen einhergeht, bleibt fraglich, denn letzteres soll wieder ohne die Kunstschaaffenden oder ihre berufliche Vertretung stattfinden. In der DDR gab es einmal den „Kulturpfennig“, vielleicht sollte er als Euro aufleben.

Malah Helman

www.berlin-off.de, Berlins Internetportal für die Offkultur

JEWGENI CHALDEJ: DER MANN HINTER DEN WELTBEKANNTEN FOTOS

Hammer und Sichel und der Rotarmist auf dem Reichstag. Das Foto ist weltbekannt, wie auch viele andere Bilder des sowjetischen Fotografen Jewgeni Chaldej, der zu den bedeutendsten seiner Zunft im 20. Jahrhundert gehörte: Er hielt den Vormarsch der sowjetischen Truppen bis nach Berlin fest, fotografierte die Potsdamer Konferenz und die Nürnberger Prozesse, später Staudämme in Sibirien und Ölfelder in Baku. Doch der Mann hinter den Bildern blieb über Jahrzehnte weitgehend unbekannt. Der „russische Robert Capa“ starb 1996 in Moskau und hinterließ etwa 10 000 Negative. Nun wird ihm im Berliner Martin-Gropius-Bau eine weltweit erste Retrospektive unter dem Titel „Der bedeutende Augenblick“ gewidmet. Neben Informationen zur Biografie des Fotografen werden 200 Originalaufnahmen gezeigt, zum Teil bisher unveröffentlichte. Zu sehen ist auch die Kamera, die Capa seinem russischen Kollegen 1945 schenkte. Die Ausstellung läuft bis zum 28. Juli.



Foto: transit/Christian von Polentz

Bekenntnis zur Institution

Berlin braucht viel mehr feste Musikschullehrkräfte



FACHGRUPPE

MUSIK

Im Januar 2008 gab die Landesarbeitsgemeinschaft der Musikschulleiter/-innen Berlins im Landesmusikrat zum Thema „Feststellung von Musikschullehrkräften in Berlin“ eine öffentliche Erklärung heraus, der ein einstimmiger Beschluss zugrunde liegt.

In diesem Papier wird eine klare Analyse der aktuellen Situation (samt den daraus resultierenden strukturellen Fehlentwicklungen) mit der „Besinnung auf die eigentliche Zielsetzung der Musikschulen“ verbunden – aus der sich dann folgerichtig die Forderung nach genügend festangestellten Mitarbeitern stellt.

Die Musikschulen werden nur so gut funktionieren, wie ihre Lehrkräfte wirklich eingebunden werden können. Musikschule ist

nicht nur Unterricht, sondern Musikschule ist auf vielen gesellschaftlichen Feldern aktiv, wie in Veranstaltungen, in Kooperationen, in Vernetzung mit anderen Gruppen und nicht zuletzt der Integration.

Berlin unterschreitet bewährte Ausstattungsstandards massiv: an Berliner Musikschulen werden lediglich 13 Prozent des Unterrichts durch festangestellte Lehrerinnen und Lehrer erbracht.

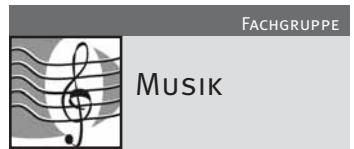
**Nur 13 Prozent sind
fest angestellt**

Tendenz: weiter fallend, weil keine freiwerdenden Stellen wieder besetzt werden und auch der Kündigungsschutz für Festangestellte im Osten weiterhin ungewiss ist. Der Durchschnitt im Bundesgebiet liegt bei 68 Prozent Festangestellten, der VDM empfiehlt sogar 80 Prozent.

Die Fachgruppe begrüßt, dass in dieser Erklärung die Missstände klar benannt werden und die Forderung nach einer vernünftigen, sachdienlichen Ausstattung der Musikschulen mit festangestelltem Personal in dieser Deutlichkeit artikuliert wird. Auch der Berliner Musikschulbeirat beim Senator für Bildung und Wissenschaft hat sich der Erklärung angeschlossen.

Das Qualitätsbewusstsein des Publikums ist gestiegen. Dass die Forderung nach deutlich mehr festen Stellen keine Luxusforderung ist, sondern der einzige Weg, die Musikschulen Berlins ihre traditionellen wie die neuen Aufgaben erfüllen zu lassen, muss der Politik immer wieder deutlich gemacht werden. Denn Musikschule ist mehr als eine Ansammlung von Musiklehrerinnen und Musiklehrern und die Vermittlung von Unterricht: sie ist eine Institution, eben eine SCHULE.

Elisabeth Orphal



FACHGRUPPE

MUSIK

Länderrat der FG Musik tagte

Vom 2. bis 3. Mai 2008 tagte der Länderrat der Bundesfachgruppe Musik in Hörste. Im Vordergrund standen zwei Themen: Mitgliederentwicklung und Stellenwert der Musikschulen.

Erstens: Kollegin Manuela Tröger vom Bereich Mitgliederentwicklung der ver.di gab eine Einführung zum Thema Mitglieder gewinnen, binden, halten und Rückholaktivitäten. Neben technisch-praktischen Fragen wurden Handlungsoptionen diskutiert, wie der Einfluss der Fachgruppe unter nichttarifgebundenen Musikschullehrkräften, auch unter freien Musikerinnen und Musikern, sowie das Gewinnen und Einbeziehen von mehr Ehrenamtlichen in die Fachgruppenarbeit verbessert werden kann. Dazu zählen Informationsveranstaltungen an Musikhochschulen, das Finden von Kontaktpersonen der Fachgruppe sowie eine deutlichere Bekanntmachung der bereits bestehenden Informationsmöglichkeiten.

Zweitens: Nach intensiver Diskussion, vor allem zum Vortreiben der sogenannten Public-Private-Partnerships durch die Bertelsmann-Stiftung, bekräftigte die Fachgruppe Musik ihre bisherige Linie: Sie setzt sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau kommunaler, öffentlicher Musikschulen und gegen staatlich veranlasste Privatisierung ein. Musikschulen sind in erster Linie Einrichtungen der kulturellen Bildung. Aus jeder Form der Privatisierung erwachsen inhaltliche sowie pädagogische Gefahren. Deshalb muss die Musikschule eine Pflichtaufgabe für die Kommunen und Gemeinden bleiben.

Lutz Fußangel

Mann und Maus unter im OSZ

Johannisfest der Drucker macht 2008 eine Pause, gegautscht wird dennoch

Normalerweise gilt: Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Die ver.di-Drucker und angrenzende Berufsstände haben die Johannisfest-Tradition, die an Johannes Gutenberg erinnert, bislang immer hochgehalten. Im Hof des Hauses der Buchdrucker in der Dudenstraße wurde deshalb an einem Juni-Sonnabend auch regelmäßig gefeiert. In diesem Jahr allerdings gibt es eine Pause. Mit Rückblick auf 2006 und die Erfahrung, dass es zwar ein Fußball-Stimmungshoch vor den Fernsehern, aber trotz anspruchsvollen Programms ein Besuchertief beim Fest gab, wollen die Organisatoren keine Wiederholung riskieren. Noch dazu, wenn am traditionellen Termin um den dritten Platz der Europameisterschaft gespielt wird... ver.di-Landesfachbereichsvorsitzende Constanze Lindemann legt aber Wert auf die Feststellung, dass es sich wirklich nur um ein Atemholen handelt: „Von der



Foto: transit/v. Polentz

Gautschfest-Tradition: Da hat der Nachwuchs die Hosen voll...

Tradition werden wir uns auf gar keinen Fall verabschieden.“ Für nächstes Jahr gebe es auch schon Ideen für etwas Besonderes. Im Herbst sollen zusammen mit dem Karl-Richter-Verein die konkreten

Planungen für einen „Buchdruckermarkt“ zum Johannesfest 2009 beginnen.

Die alten Bräuche der Zunft werden dennoch hochgehalten. Ein zünftiges Gutenberg- und

Gautschfest wird wie jedes Jahr im OSZ Ernst-Litfaß-Schule in Berlin-Wittenau am Freitag, dem 11. Juli ab 15 Uhr gefeiert. Wie es sich gehört – mit traditionellen Sprüchen und viel Wasser... **red**

NACHRUF

Holger Buddrich ist tot

Vor gut zwei Jahren erst feierten wir beim Tagesspiegel den 60. Geburtstag von Holger Buddrich. Das war ihm beinahe unangenehm. Denn jedes Bohei um seine Person war ihm völlig fremd. Bloß kein Aufhebens machen um sich selbst. Holger Buddrich war die Bescheidenheit in Person.

Ein ruhiger, auf Ausgleich bedachter Mensch. Zurückhaltend und leise. Aber kein Leisetreter. Wenn der Geschäftsführer mal

Foto: Archiv



an die Decke ging oder durchs Telefon brüllte, dann ertrug er den Wutanfall mit Gelassenheit. Und blieb stur auf seiner Linie, so dass, um ein Beispiel zu nennen, die Kolleginnen und Kollegen der Tagesspiegel-Online-tochter Urban Media am Ende doch einen Betriebsrat hatten. Genau so, wie der Konzernbetriebsratsvorsitzende Holger Buddrich – das war er nämlich auch – das wollte. Und wie sich das auch gehört.

Holger Buddrich, seit 1987 beim Tagesspiegel, war ein hilfsbereiter Kollege, immer ansprechbar, mit großer Geduld ausgestattet. Jemand, der sich einsetzt für andere. Engagiert für Einzelne und dabei doch den Betrieb insgesamt nicht aus den Augen verlierend. Mit Bedachtsamkeit, beharrlich und bescheiden – so hat sich Holger Buddrich für die Belange der Beschäftigten eingesetzt.

Am 31. Januar ist er an den Folgen einer Herzoperation gestorben.

Alfons Frese, Vorsitzender des Tagesspiegel-Betriebsrats

Bühne frei für Ende Juni

Unsichtbare Opernbeschäftigte sollen Tarif bekommen



Bei den Tarifverhandlungen für die nichtkünstlerisch Beschäftigten der Stiftung Oper in Berlin sind erste Verhandlungstermine bestimmt worden. Diese Verhandlungen, mit denen der tariflose Zustand für die 800 „unsichtbaren“ Beschäftigten der drei Opernhäuser beendet werden soll, die hinter der Bühne, in den Werkstätten und in der Verwaltung tätig sind, waren durch ver.di-Aktionen erzwungen worden.

Nach der Benennung eines achtköpfigen Verhandlungsteams der gewerkschaftlichen Tarifkommission hat auch die Arbeitgeberseite eine Verhandlungskommission bestimmt, die von Stiftungsgeneraldirektor Stefan Rosinski angeführt wird. Am 9. Mai fand ein Sondierungsgespräch über die Inhalte des Tarifvertrages statt.



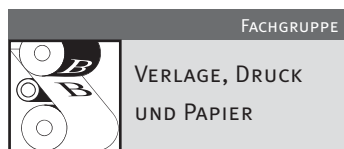
Ein „Tarifvertrag jetzt!“ wurde auch in der Deutschen Oper gefordert

ver.di-Vertreter bekräftigten die Notwendigkeit, dass für die Opernbeschäftigten ein Anschluss an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst geschaffen wird, von der sie seit Stiftungsgründung abgekoppelt sind. Außerdem ginge

es um eine Angleichung der Entgelte in Ost und West. Die Arbeitgeber sicherten zu, bis Mitte Juni ein Eckpunktepapier für einen Tarifvertrag vorzulegen. Die offiziellen Verhandlungen sollen am 24. und 25. Juni beginnen. **neh**

Sofort Warnstreik!

Tarifgespräche in der Druckerei der „Lausitzer Rundschau“ Ende Mai gescheitert



Die Tarifrunde für die Druckerei der „Lausitzer Rundschau“ wurde von ver.di nach der Verhandlung am 29. Mai für gescheitert erklärt. Die Arbeitnehmerseite hatte die Übernahme des 2007 bundesweit für die Druckindustrie ausgehandelten Tarifes gefordert. „Es geht um Ausgleich für den in den letzten Jahren erlittenen Reallohnverlust“, erklärt ver.di-Verhandlungsführer Andreas Kühn. „Während das Unternehmen Gewinn erzielt, gab es bei den Einkommen keinen oder ganz geringen Zuwachs. Das ist angesichts der Verteuerung der

Lebensumstände völlig inakzeptabel.“

Die gewerkschaftlichen Forderungen blieben von Seiten der Geschäftsführung allerdings ohne ein entsprechendes Angebot. Geschäftsführer Liske wollte stattdessen über die wirtschaftliche Situation referieren.

„Wir wissen, dass das Unternehmen gesund ist“, erklärte Kühn. Daher seien die Verhandlungen abgebrochen worden und die ver.di-Tarifkommission erklärte anschließend die Auseinandersetzung für gescheitert. Die Friedenspflicht ist damit beendet.

Die Nachtschicht verließ den Tarifforderungen der Druckerinnen und Drucker noch am selben Abend mit einem Warnstreik Nachdruck.

red.

JUGEND

Berufseinstieg in den Journalismus

Viele Wege führen in die Medien, aber einen Baustein weisen fast alle Karrieren auf: das Praktikum. Wie man nach interessanten Praktika im In- und Ausland im Medienbereich sucht, wie man nach dem Studium den Berufseinstieg in den Journalismus schafft, zum Beispiel über den klassischen Weg des Volontariats oder über die eigene Bloggerkarriere, und wie man sich als freier Journalist durchschlägt, dazu gestalten die dju in ver.di und die Medienjugend eine Veranstaltung. Dr. Susanne Stracke-Neumann und Björn Richter referieren, im Anschluss können Fragen gestellt werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Am 19. Juni 2008 von 16 bis 18 Uhr, Freie Universität Berlin, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Raum JK 31/125

MEDIENGALERIE

Die Fotoausstellung „OCCUPIED LANDSCAPE – besetzte Landschaft“ läuft noch bis 4. Juli.

Am 26. Juni und 3. Juli jeweils 18 Uhr finden interessante Begleitveranstaltungen statt (siehe S. 4).

Danach gestaltet die Mediengalerie in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen eine Ausstellung zum 25. Todestag des Malers und Karikaturisten Prof. **Leo Haas**: „Zweimal geboren. Der Maler und Grafiker Leo Haas. 1901 bis 1983“. Die Schau wird am 10. Juli um 19 Uhr eröffnet und soll bis 5. September laufen. Der deutsch-tschechische Künstler wurde 1937 verhaftet, zu Zwangsarbeit verpflichtet und musste bis zu seiner Befreiung 1945 drei Konzentrationslager überstehen. Er musste in Theresienstadt im berüchtigten Erkennungsdienst des KZ-Arztbesatzung arbeiten, wurde in Auschwitz von Eichmann verhört und kam schließlich ins Geldfälscherkommando nach Sachsenhausen. Der aus zwölf Lithografien bestehende Zyklus aus deutschen Konzentrationslagern, den Haas 1947 in seiner tschechischen Heimat anfertigte, und versteckte Zeichnungen spielten später u.a. im Eichmann-Prozess eine Rolle.

Der Maler siedelte 1955 in die DDR über, arbeitete als Karikaturist für den „Eulenspiegel“ und das „Neue Deutschland“ sowie gemeinsam mit Walter Heynowsky auch für die Serie „Zeitgezeichnet“ im Fernsehen der DDR. Er erhielt eine Professur und starb im August 1983 in Berlin. Zeichnungen von Leo Haas sind im Karikaturenmuseum in Greiz zu sehen. Der Großteil seines Nachlasses befindet sich im Archiv der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Auch zur Leo-Haas-Ausstellung ist ein Begleitprogramm geplant.

Siehe: www.mediengalerie.org

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, ab 19.00 Uhr, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Uhlandstr. (U 15) oder vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

Bitte vormerken: Mitgliederversammlung des VS Berlin am 17.

Die HOMEPAGE des ver.di-FACHBEREICHES 8 im Landesbezirk Berlin-Brandenburg ist erreichbar unter: www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

September 2008, 17.00 Uhr, ver.di-Gebäude. Thema: Literaturförderung in Berlin

MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Gedanken Austausch, thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach.

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film AV-Produktion und Neuen Medien am zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr *Veranstaltungsort neu:* Lounge des Artist Riverside Hotel, Friedrichstraße 106, 10117 Berlin: Siehe www.dju-berlinbb.de

IOJ-Sprechstunde: Jeden 2. Dienstag des Monats, 13 bis 15 Uhr, Köpenicker Str. 30. Infos: www.ioj-journalisten-international.de, e-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Vortrag und Diskussion: Berufseinstieg in den Journalismus. Eine Kooperationsveranstaltung von FU und dju. Referenten: Dr. Susanne Stracke-Neumann, Björn Richter. Termin: 19. Juni 2008 von 16 bis 18 Uhr. Ort: Freie Universität Berlin, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Raum JK 31/125

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel. 030/621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Britta Brandau, Tel. 01 75 / 4 16 61 99, E-mail: britta.brandau@gmx.de. Bernd Wagner, Tel. 01 60 / 7 70 5905, E-Mail: bernd.wagner@verdi-berlin.de

SEMINAR

Selbständig und ALG II: Seminar für Selbständige vom 24. bis 25. Juni 2008. Selbstständig, aber

das Geld reicht vorn und hinten nicht? Mit Arbeitslosengeld II kann die Notsituation minimal gelindert werden. Wir beantworten Fragen rund um das Leben als Selbständiger mit Arbeitslosengeld II: Kann das JobCenter meine Selbständigkeit fördern (Einstiegsgehalt, sonstige weitere Leistungen)? Einkommensanrechnung, ein Buch mit sieben Siegeln? Was hat sich mit der neuen „Einkommensverordnung“ seit 1. Januar 2008 geändert? Wann ist es sinnvoll, als Selbständiger ALG II zu beantragen? Krankenkassenbeiträge und Künstlersozialkasse, was hat sich für Selbständige geändert? Freiwillige Beiträge in die Arbeitslosenversicherung, ist das überhaupt sinnvoll? Das Seminar ist für ver.di-Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder zahlen 20 Euro. Die Seminarplätze sind begrenzt, ver.di-Mitglieder werden bevorzugt.

ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Abteilung Bildung, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, Tel. 030-88 66 41 50, E-Mail: bildung.berlin-brandenburg@verdi.de

MUSIK

Music-Lounge: Die Fachgruppe Musik veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Musikschulen immer am letzten Schulfreitag des Monats, Beginn 19.00 Uhr, eine Konzertreihe in der Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, direkt am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke. Eintritt frei. Kontakt: lutzfuss-angel@t-online.de

Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landesfachgruppenvorstandes eingeladen. Nachfrage bei Anke Jonas, Tel. 0 30 / 88 66 54 03

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant

„Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Bezirk Berlin-Brandenburg: Gewerkschaftsöffentliche Mitgliederversammlung des Senioren Ausschusses am 17. Juni, 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Köpenicker Str. 30, Raum 4.12.

Seniorengruppe Funkhaus: Sommerfest im Springbornklub am 18. Juni ab 14 Uhr, Springbornstraße, 12487 Berlin

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr, im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden i. d. R. am 2. Montag des Monats statt, der erweiterte Vorstand tagt alle zwei Monate. Informationen: Georgia Weiland Tel. 030/ 88 66-54 12. Nächster Termin: 30. Juni.

Sprachrohr 4/08

erscheint am 25.8.2008

Redaktionsschluss am 24.7.08

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

3108 SPRACHROHR

ALLES WAS RECHT IST

Nur die Willkür eines Jobcenters?

Erzwungene Dienstleistung: ohne Grundlage zu Steuerberatung genötigt

Susanne M. (Name geändert) fiel aus allen Wolken: Da schrieb ihr das für sie zuständige Jobcenter Pankow Anfang Dezember 2006, dass sie eine „Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2006 vom Steuerberater für alle selbständigen Tätigkeiten...“ zu liefern hätte. Die arbeitslose Frau, die ALG II bezieht, nebenher zudem unregelmäßig Honorareinkünfte aus selbständiger Tätigkeit als Schauspielerin erhält, fühlte sich unter Druck gesetzt.

„Ich wäre durchaus in der Lage gewesen, die Gewinn- und Verlustrechnung nach den Vorgaben des Jobcenters eigenständig zu erstellen. Doch die Sachbearbeiter bestanden darauf, dass ich das Formular vom Steuerberater auszufüllen lassen hätte.“ Kostenpunkt dieser erzwungenen Dienstleistung: 370 Euro. Ein Betrag, den nicht etwa das Jobcenter trug, sondern der zu Lasten Susanne M.s ging. „Es hieß dann, ich könne diese Kosten ja im Folgejahr einkommensmindernd ansetzen.“

Purer Zynismus für die 35-Jährige, die bei Gegenüberstellung ihrer Honorareinkünfte und ihres Kostenaufwands für die freiberufliche Arbeit ohnehin keinen großen Gewinn erzielte. „370 Euro sind für mich eine Menge Geld“, unterstreicht Susanne M., die dafür kämpft, die vom Jobcenter Pankow veranlasste Ausgabe erstattet zu bekommen.

Purer Zynismus und
überflüssig

Ihre Erfolgsaussichten sind ziemlich gut. Denn tatsächlich existiert keine Verordnung, die ALG II-Empfänger/innen mit Nebeneinkünften aus selbständiger Tätigkeit verpflichtet, für ihre Meldung der Einkünfte ans Jobcenter einen Steuerberater einzuschalten. Das bestätigen gleich lautend die Pressemitteilungen der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg wie der Regionaldirektion der Arbeitsagentur in Berlin-Brandenburg. Ganz de-

tailliert informiert das Jobcenter Tempelhof-Schöneberg, das als eines von zweien in Berlin eine eigene Presseabteilung hat: „Die Erstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen sind nicht zwingend von einem Steuerberater zu fertigen“, erklärt Pressesprecher Klaus Reiche. Das Jobcenter Tempelhof-Schöneberg verlange von ALG II-Empfänger/innen mit Nebeneinkünften aus selbständiger Arbeit entsprechend auch nicht, einen Steuerberater zu beauftragen.

Das Procedere, wie die entsprechenden Einkünfte gegenüber dem zuständigen Jobcenter offenzulegen sind, ist eindeutig geregelt. Wer ALG II beantragt und gleichzeitig Honorare bezieht, muss eine „Erklärung über das Einkommen im Bewilligungszeitraum“ einreichen. Zusätzlich soll der Antragsteller Nachweise über Einnahmen und Ausgaben sowie eine Einnahme-/Überschuss-Rechnung für das vorangegangene Kalenderjahr vorlegen.

Auch Kurt Nikolaus von der mediafon-Selbständigenberatung

bei ver.di weiß, dass immer wieder einmal in Einzelfällen Jobcenter ALG II-Bezieher/innen, die auch Einkünfte aus selbständiger

Gute Aussichten
auf Erstattung

Arbeit erzielen, zum Steuerberater schicken. „Ich rate dann, mit einem Beistand oder Zeugen zum Jobcenter zu gehen und sich die Kostenübernahme zusichern zu lassen“, sagt er. Dann schaffe man bereits im Voraus klare Verhältnisse und könne sich nachträglichen Ärger ersparen.

Susanne M. hat sich im Nachhinein mehrfach um eine entsprechende Übernahme „ihres“ Jobcenters bemüht – bisher ohne Erfolg. Mit der Klärung der Sachlage hofft sie nun allerdings, möglichst schnell ihre – überflüssige – Aufwendung für den Steuerberater zurückerstattet zu bekommen.

Gudrun Giese

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!

BERND HUBATSCHKE



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. Gründung aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), Gemeinschaftsgründungen;
- bei der Fördermittelbeantragung, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der Überprüfung Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. Rahmenbedingungen;
- bei der KSK-Antragstellung und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das Presseversorgungswerk

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin
Tel.: 030 / 44 65 08 10
Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com
Internet: www.MKK-Consult.de

